

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Landtagsfraktion Thüringen

Gentechnik-Newsletter Nr. 03/2012 (Juni 2012)

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, sehr geehrte Damen und Herren,

es ist offensichtlich vorbei mit der „Ruhe vor dem Sturm“ – der Wind bläst mächtig aus allen Richtungen. Die EU-Staaten sind sich nicht einig bei der Zulassung von sechs neuen Gentech-Maissorten, darunter auch eine Variante des aktuell in mehreren EU-Staaten verbotenen MON810, die in der EU für die Sicherheitsbewertung gentechnisch veränderter Organismen zuständige Behörde EFSA befindet sich in einer schweren Glaubwürdigkeitskrise und Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner legt sich mit ihrer Ansage, die Null-Toleranzschwelle bei gentechnischen Verunreinigungen in Lebensmitteln zu verteidigen, gleich mit dem gesamten Bundeskabinett an. Das sind nur einige Beispiele für eine ganze Reihe wegweisender Entscheidungen im Bereich Agrogentechnik, die in den kommenden Wochen und Monaten gefällt werden. Und noch ist nicht absehbar, wer sich am Ende durchsetzt: die Gentech-Lobby oder der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher!

Aber auch in Thüringen tut sich einiges. So hat unsere Fraktion einen umfänglichen Antrag zur Halbzeitbewertung der Gentechnikpolitik der Thüringer Landesregierung eingebracht, der hoffentlich im Juli-Plenum und damit vor der parlamentarischen Sommerpause behandelt wird.

Über die angesprochenen Punkte und weitere aktuelle Entwicklungen im Bereich Gentechnik, vor allem über die Situation in Thüringen, informiert Sie dieser Newsletter. Helfen Sie bitte, diesen zu verbreiten. Senden Sie ihn an FreundInnen, Bekannte und weitere potenzielle Interessierte. Der Newsletter kann hier abonniert werden: <http://gruene-fraktion.thueringen.de/themen/gentechnik.html>

Bereits die Erstellung der ersten Ausgabe hat gezeigt, dass wir aus Gründen der Praktikabilität bei Weitem nicht alle von uns recherchierten Informationen im Newsletter unterbringen können. Sie finden weitere aktuelle Meldungen unter www.gruene-fraktion.thueringen.de → Themen → Gentechnik, ebenso alle erschienenen Ausgaben des Newsletters und wichtige Links.

*In Erwartung Eurer/Ihrer Anregungen wünschen eine interessante Lektüre
Dr. Frank Augsten und Maria Rapp*

1. Wissenschaft und Forschung

Gentechnik keine Antwort auf Dürreproblem

Eine aktuelle Studie der Union of Concerned Scientists, einer unabhängigen Vereinigung von US-Wissenschaftlern, enthüllt: Gentechnik ist keine passende Antwort auf Dürre und Trockenheit. Angesichts der Grenzen der Agrogentechnik, der hohen Entwicklungskosten und der langen Entwicklungszeitdauer sind andere Züchtungsmethoden sowie die Umstellung auf andere landwirtschaftliche Praktiken effektiver und kostengünstiger. Die Studie nimmt insbesondere DroughtGard in den Blick, die bisher einzige zugelassene gv-Sorte, die eine Trockentoleranz aufweisen soll. Die bisherigen Ergebnisse sind enttäuschend: Der von Monsanto entwickelte Mais liefert lediglich mittelmäßige Erträge, und auch das nur unter moderaten Dürrebedingungen. Das größte Problem in den USA sind jedoch schwere bis extreme Dürren. Die Wassernutzungseffizienz, das heißt die Fähigkeit, mit weniger Wasser denselben Ertrag zu liefern, ist nicht besser als bei herkömmlichen Sorten. Als Konsequenz empfiehlt die Studie, mehr öffentliche Forschungsgelder für die konventionelle Züchtung von trockenoleranten Sorten bereitzustellen. Auch Technologien der Wasserspeicherung sowie Landwirtschaftsmethoden, die Dürreperioden standhalten, müssten verstärkt erforscht werden. Die Studie ist bereits die dritte in einer Serie, die die Grenzen der Agrogentechnik aufzeigt und dafür plädiert, mehr Forschungsgelder für alternative landwirtschaftliche Technologien einzusetzen. (Quelle: UCSUSA: "High and Dry. Why Genetic Engineering Is Not Solving Agriculture's Drought Problem in a Thirsty World, Juni 2012, Download unter www.ucsusa.org/highanddry, in Gen-ethischer Informationsdienst GID Nr. 212, Juni 2012)

Rückgang der Freilandversuche mit GVO in Europa

Die Agrogentechnik hat es schwer in Europa; in weiten Teilen der Gesellschaften der EU-Länder sind nicht nur starke Vorbehalte gegenüber der Agrogentechnik vorhanden, sie wird auch in großen Teilen entschieden abgelehnt. Anfang Mai vorgelegte Zahlen über angemeldete Freilandversuche 2012 mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in der EU, die das Joint Research Centre (JRC), ein der Europäischen Kommission angegliedertes Großforschungszentrum, registriert hat, bestätigen den Negativtrend. Bis Anfang Mai sind EU-weit lediglich 41 Freilandversuchsanträge angemeldet worden; die Zahl sinkt seit Jahren kontinuierlich. Allein in den drei Jahren von 2009 (über 100 Freisetzungversuche) bis 2012 sind die angemeldeten Freilandversuche um knapp zwei Drittel gesunken. Die meisten Freisetzungversuche sollen 2012 dabei in Spanien stattfinden (Stand 5. Mai 2012: 30); in Deutschland werden laut Standortregister (Stand 20. Juni 2012) auf drei Flächen (insgesamt 8000qm) in Sachsen-Anhalt Freisetzungversuche mit GVO unternommen. Die meisten Freilandversuche finden dabei EU-weit mit Mais, Baumwolle und Zuckerrübe statt.

(*Quellen: www.blauen-institut.ch/pg_blu/pm/pm12/pm2613.html und www.transgen.de/aktuell/1670.doku.html*)

2. Landwirtschaft

Burkina Faso: Gv-Baumwolle enttäuscht

Ersten Berichten zufolge werden Bäuerinnen und Bauern in Burkina Faso in diesem Jahr wieder zu konventionellen Baumwollsorten zurückkehren. Im vergangenen Jahr waren bis zu 70 Prozent der Anbaufläche des westafrikanischen Landes mit gentechnisch veränderten (gv) Sorten bepflanzt worden. In erster Linie habe die Qualität der geernteten Baumwollfasern zu wünschen übrig gelassen. Üblicherweise sei die Baumwolle des Landes von guter bis mittlerer Qualität mit langen Fasern. Im vergangenen Jahr sei sie jedoch nur von minderer Qualität gewesen. Das Saatgut der gv-Sorten war vom US-Gentech-Branchenprimus Monsanto geliefert worden, der diese möglicherweise zu schnell habe entwickeln wollen.

(*Quelle: GENET news, www.genet-info.org, in Gen-ethischer Informationsdienst GID Nr. 212, Juni 2012*)

Deutschland: GVO-Verunreinigungen im Maissaatgut rückläufig

In deutschem Maissaatgut sind im Frühjahr 2012 deutlich weniger Verunreinigungen mit GVO registriert worden als in den Vorjahren, in denen GVO-Kontaminationen im Saatgut schleichend zugenommen hatten. Diese positive Nachricht über die Trendwende haben Anfang Mai Greenpeace Deutschland und der ökologische Anbauverband Bioland veröffentlicht. Hintergrund ist eine von beiden vorgenommene Saatgutabfrage bei den zuständigen Landesbehörden der deutschen Bundesländer, von denen zwölf Maissaatgut auf GVO-Rückstände getestet haben. Von insgesamt 419 Stichproben waren elf Proben mit GVO kontaminiert, das entspricht ca. 2,6 Prozent der Proben (im Vgl.: 29 von 417 Proben mit GVO-Belastung im Jahr 2011). Die Mehrheit der Proben war hierbei mit der umstrittenen Monsanto-Maissorte MON810, deren Anbau in Deutschland verboten ist, verunreinigt, darunter auch eine Probe aus Thüringen. Verunreinigtes Saatgut stellt eine große Gefahr für eine unkontrollierte Ausbreitung von gv-Pflanzen (auch in den Nahrungskreislauf hineinzugelangen) dar, weswegen in der EU ein Reinheitsgebot hierfür gilt. (*Quelle:*

www.greenpeace.de/themen/gentechnik/nachrichten/artikel/sauberes_mais_saatgut_ist_moeglich-1/)

Unser Kommentar: Diese Entwicklung zeigt, dass die Reinheit des Saatgutes möglich ist, wenn wir uns nicht auf faule Kompromisse einlassen (Grenzwert für gentechnische Verunreinigungen) und Verstöße hart geahndet werden!

3. Zulassung und Sicherheitsforschung

EU-Zulassungsbehörde EFSA in der Kritik

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments (EP) haben in ihrer Sitzung am 10. Mai 2012 gegen die Genehmigung des Haushaltes der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) gestimmt und diese damit zunächst verschoben. Aufgrund von überzogenen Kosten und Interessenkonflikten hatte die Berichterstatterin Monica Macovei (Fraktion der Europäischen Volkspartei – Christdemokraten, EVP) dem Plenum in ihrem Bericht vorgeschlagen, den jetzt zur Entlastung anstehenden Haushalt des Jahres 2010 nicht abzusegnen. Besonders brisant ist in diesem Zusammenhang der Vorwurf der Interessenkonflikte, der sich in erster Linie gegen Diána Bánáti richtete. Bánáti's enge Kontakte zum ILSI, einer Lobbygruppe der Lebensmittel- und Agrarindustrie, hatten bereits 2010 für Aufsehen gesorgt, da sie dort – parallel zu ihrem leitenden EFSA-Posten – Mitglied des Verwaltungsrates war. Von diesem ILSI-Posten war sie zurückgetreten, um im November des vergangenen Jahres als EFSA-Verwaltungsrats-Vorsitzende wiedergewählt zu werden. Unmittelbar vor der jetzigen Abstimmung im EP war sie von ihrem Posten als Vorsitzende des Verwaltungsrates der EFSA zurückgetreten. Gleichzeitig hatte sie angekündigt, sie werde zur europäischen Sektion von ILSI wechseln, um dort den Vorsitz des Verwaltungsrates zu übernehmen.

(Quelle: *European Voice*, 09.05.12, www.european-voice.com; *EFSA*, 09.05.12, www.efsa.europa.eu, in *Gen-ethischer Informationsdienst GID* Nr. 212, Juni 2012)

Freisetzung genmanipulierter Insekten fragwürdig

Genmanipulierte Insekten werden heute in den USA, auf den Cayman Islands und in Malaysia freigesetzt. Gemäß einer neuen Studie des Max-Planck-Instituts (Deutschland) sind die Zulassungsverfahren intransparent und von mangelnder wissenschaftlichen Qualität. So genügten zum Beispiel in den USA zwei positive von insgesamt 170 Studien zur Umweltverträglichkeit transgener Insekten für einen umfassenden Persilschein. Die Behauptung, dass Menschen nicht von transgenen Mückenweibchen gestochen werden können, sei nicht haltbar. (Max-Planck-Institut, Pressemitteilung, 27.02.12) (Quelle: *Gentech-news* 261, <http://www.blauen-institut.ch>)

4. Politik

Aigner will Aufweichung der GVO-Nulltoleranz in Lebensmitteln verhindern

Im Frühjahr wurde bekannt, dass die EU-Kommission eine Lockerung des geltenden Nulltoleranz-Prinzips beim Import von Lebensmitteln, die Spuren von in der EU nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen enthalten, anstrebt (siehe *Gentechniknewsletter* Nr. 2/2012). Nach Informationen der *Süddeutschen Zeitung* (SZ) vom 11. Juni 2012 stellt sich die Bundesverbraucherschutzministerin Aigner (CSU) diesem Ansinnen entgegen und hat dabei über das Ministerium verlauten lassen, das bisher geltende Prinzip der Nulltoleranz sowohl auf EU- als auch auf Bundesebene wahren zu wollen. Der SZ zufolge habe das Verbraucherschutzministerium nach Prüfung des Vorhabens der EU-Kommission festgestellt, dass die Lockerung des strikten Verbotes „auf unzulässige Weise die Transparenz und die Wahlfreiheit der Verbraucher einschränkt.“ Der Koalitionspartner FDP und auch Teile der CDU sowie VertreterInnen der Lebensmittelwirtschaft, die eine Aufweichung befürworteten, übten heftige Kritik an der Verbraucherschutzministerin. Infolgedessen hat Ministerin Aigner kurze Zeit später erklärt, dass sie den darüber entsprungene Koalitionskonflikt durch interne Gespräche entschärfen wolle; wenn es keine interne Einigung gibt, will sie sich bei der Abstimmung über den für Juli anvisierten Entwurf der EU-Kommission enthalten.

(Quelle: www.sueddeutsche.de/politik/gentechnisch-veraenderte-lebensmittel-aigner-will-lockerung-des-gen-verbots-verhindern-1.1378931)

Unser Kommentar: Interessant ist in diesem Zusammenhang die Argumentation der Befürwortenden einer Aufweichung der Nulltoleranz. Nachdem die EU-Kommission (mit der Stimme Deutschlands) im vorigen Jahr die Nulltoleranz für Futtermittelimporte aufgehoben habe, müsse jetzt logischerweise im Nahrungsmittelbereich nachgezogen werden. Im vorigen Jahr versprachen die gleichen Leute, dass es ihnen nur um Futtermittel ginge und bei Lebensmitteln kein Änderungsbedarf bestünde. Das ist wohl ein klassischer Fall von Salomitaktik – schade, dass sich Deutschland nicht eindeutig positioniert!

5. Koexistenz

Weitere Meldungen über illegale Ausbreitung von GVO in der Schweiz

Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ist in der Schweiz verboten. Dennoch haben Greenpeace-Aktivisten Ende Mai herbizidresistenten gv-Raps der Sorte GT73 von Monsanto an mehreren Standorten im Hafengelände von Basel entfernt. Dies stützt die Vermutung, dass die gentechnisch veränderten Rapsamen auf den Transportwegen der Rhein-Schifffahrt unfreiwillig freigesetzt worden sind. Transportwege und Laboratorien begünstigen im Allgemeinen eine unkontrollierte Ausbreitung von GVO-Samen. Greenpeace sieht die Funde als Beweis dafür, dass die Ausbreitung von GVO nicht kontrollierbar ist. Raps-Samen verbreiten sich sehr leicht, können bei günstigen Windbedingungen kilometerweit fliegen und sind im Boden über zehn Jahre lang keimfähig. Die Einfuhr von gv-Raps als Futter- und Lebensmittel ist in der Schweiz strengstens untersagt. Erst Anfang des Jahres wurden in verschiedenen Orten der Schweiz illegal wachsende gv-Pflanzen entdeckt (siehe Gentechnik-Newsletter Nr. 1/2012).

(Quelle: www.greenpeace.de/themen/gentechnik/nachrichten/artikel/gen_raps_greenpeace_schweiz_deckt_illegale_ausbreitung_auf/)

6. Recht/Haftung/Versicherung/Patente

EU-Parlament gegen Patentierung von Lebewesen

Mit großer Mehrheit hat das Europäische Parlament Anfang Mai eine Resolution gegen die Patentierung von konventionell gezüchteten Tieren und Pflanzen verabschiedet. Dieser Entschließungsantrag soll einer Patentierung von sogenannten „Mischformen“ aus traditionellen und Hightech-Züchtungsverfahren einen Riegel vorschieben. Mit der Entscheidung folgt die Europäische Legislative dabei einigen EU-Staaten, die, wie im Februar erst der Deutsche Bundestag, Biopatenten bereits eine Absage erteilt haben. Die internationale Initiative *no patents on seeds* (Keine Patente auf Saatgut!), die die Resolution als einen großen Erfolg gegen die Monopolisierung in der Lebensmittelerzeugung sowie der Landwirtschaft bewertet, formuliert jedoch noch weitreichendere Ziele. Dazu gehört die Forderung nach einer Stärkung der ZüchterInnenrechte, die in Form eines noch im EU-weiten Patentsystem zu verankernden ZüchterInnenprivilegs der zunehmenden Monopolisierung und Konzentrierung im Europäischen Saatgutmarkt durch Industriegiganten, wie Bayer oder Monsanto, Einhalt gebieten sollen. Dieses ZüchterInnenprivileg würde in den Augen der internationalen Koalition den freien Zugang und die Verwendung von Züchtungsmaterial garantieren. Der Entschließungsantrag des EU-Parlaments ist rechtlich nicht bindend.

(Quellen: www.no-patents-on-seeds.org/de/information/aktuelles/eu-parlament-stimmt-gegen-patente-pflanzen-tiere sowie Audio/Text www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/1753398/)

7. Gentechnikfreiheit

Landwirtschaft in Baden-Württemberg gentechnikfrei

Der Landwirtschaftsminister von Baden-Württemberg, Alexander Bonde (Bündnis 90/Die Grünen), hat bereits Ende März in einer Landtagsdebatte klargestellt, dass die Landesregierung vorhabe, „alle [...] zur Verfügung stehenden Mittel für die gentechnikfreie Erzeugung von Lebensmitteln“ zu nutzen. Aus diesem Grund werde das Land dem Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen beitreten, das Qualitätszeichen Baden-Württemberg (QZ BW) auf gentechnikfreie Produktion auch bei tierischen Produkten umstellen und eine konsequente Überwachung von Saatgut und Lebensmitteln praktizieren. Nach Nordrhein-Westfalen und Thüringen wäre Baden-Württemberg das dritte deutsche Bundesland in dem Netzwerk. Bonde kritisierte im Weiteren die Bundesregierung wegen ihrer Haltung in Gentechnikfragen in Brüssel. Der Bund solle, so der Minister, „jetzt in Brüssel fordern, den Beschluss des Europäischen Parlaments zur Gentechnik endlich aufzugreifen“ – dieser besagt, dass Mitgliedsstaaten oder Regionen Anbauverbote für gentechnisch veränderte Organismen erlassen dürfen. (Quelle: www.agrarheute.com, 30.03.12; das Europäische Netzwerk gentechnikfreier Regionen: www.gmofree-euregions.net in *Gen-ethischer Informationsdienst GID* Nr. 212, Juni 2012)

8. Gesundheit

Neuer Bericht über die Gefahren von GVO in Lebensmitteln

Ein neuer Report, der eigenen Angaben zufolge den Mythen nachgeht, die von der Agrogentechnikindustrie kommuniziert werden, ist im Juni veröffentlicht worden. Der Bericht, der bei Earth Open Source erschienen ist, einer Non-Profit-Organisation, die sich der Nachhaltigkeit, Sicherheit und dem Schutz des globalen Nahrungsmittelsystems verschrieben hat, begegnet diesen Behauptungen mit zusammengetragenen Ergebnissen wissenschaftlicher Studien über GVO. Der Fokus liegt dabei auf den Gefahren für die Gesundheit von Mensch und Tier sowie für die Umwelt durch GVO: Die Bandbreite aufbereiteter wissenschaftlicher Ergebnisse reicht dabei von Toxinen und Allergenen in gv-Lebensmitteln, der Beeinträchtigung des Nährwertgehalts der Nahrung durch GVO bis hin zu toxikologischen Auswirkungen von gv-Bt-Anbaupflanzen auf Nicht-Ziel-Organismen in der Umwelt und dem sehr hohen Herbizideinsatz beim Anbau von GVO, dem nachweislich in epidemiologischen Studien eine Verbindung zu steigenden Geburtsschäden und erhöhtem Krebsrisiko nachgewiesen wird. Der Bericht erhält hierbei noch umso mehr Wirkungskraft, weil zwei der drei Autoren des Berichts selbst Gentechniker sind. Das Resümee des Berichts: Es gibt sicherere und weitaus effektivere und nachhaltigere Alternativen zur Agrogentechnik. Die Studie: http://earthopensource.org/files/pdfs/GMO_Myths_and_Truths/GMO_Myths_and_Truths_1.1.pdf (Quelle: www.earthopensource.org/index.php/news/60-why-genetically-engineered-food-is-dangerous-new-report-by-genetic-engineers)

Neuzulassung von Gentech-Soja in der EU: Zulassungspraxis rechtswidrig

Die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA hat erstmals grünes Licht für den Anbau von gentechnisch veränderter Soja in Europa gegeben. Jetzt müssen die Kommission und die Mitgliedsländer über die Marktzulassung entscheiden. Antragssteller ist der US-Konzern Monsanto, der auch in Europa das Saatgut seiner „Roundup Ready“-Soja verkaufen möchte. Diese toleriert das Spritzmittel Glyphosat und ist bisher nur für den Import, nicht aber für den Anbau zugelassen. Ein aktuelles Rechtsgutachten im Auftrag von Testbiotech zeigt, dass die geplante Zulassung gegen EU-Recht verstoßen würde, da die Rückstände des Spritzmittels bei der Risikobewertung nicht berücksichtigt wurden. Auch ein Monitoring gesundheitlicher Auswirkungen dieser Rückstände ist nicht vorgesehen, obwohl dies in der EU vorgeschrieben ist.

Ähnliche Mängel finden sich auch bei den bereits erteilten Marktzulassungen von gentechnisch veränderten Pflanzen, die für die Verwendung in Futter- und Lebensmitteln vorgesehen sind. Der bekannte EU-Rechtsexperte Ludwig Krämer fordert in seinem Gutachten diese Zulassungen dringend zu überarbeiten.

Obwohl die relevanten EU-Gesetze, wie die EU-Richtlinie 2001/18 und die Verordnung 1829/2003, bereits seit über zehn Jahren in Kraft sind und schon 45 Varianten gentechnisch veränderter Pflanzen zur Verwendung in Lebens- und Futtermitteln zugelassen wurden, gibt es bislang kein System, mit dem mögliche gesundheitliche Auswirkungen identifiziert werden könnten. Zudem werden die Rückstände von Pestiziden und ihre kumulativen Effekte bei der Risikobewertung gentechnisch veränderter Pflanzen bislang nicht berücksichtigt. Dies soll sich auch mit der geplanten neuen Vorschrift der EU-Kommission zur Risikobewertung gentechnisch veränderter Pflanzen nicht ändern. WissenschaftlerInnen warnen jedoch seit Langem vor den gesundheitlichen Schäden, die dadurch verursacht werden, dass durch Spritzmittel wie Glyphosat (Handelsname Roundup) immer häufiger bei gentechnisch veränderten Pflanzen eingesetzt werden.

Kontakt: www.testbiotech.org

Link zum Gutachten von Professor Dr. Ludwig Krämer:

http://www.testbiotech.de/sites/default/files/Legal_Dossier_Kraemer_Pesticide_RA_PMP.pdf

9. Widerstand/Aktionen

Aufruf der internationalen Initiative *no patents on seeds* (Keine Patente auf Saatgut!.) einen Offenen Brief an das Europäische Parlament und die Europäische Kommission zu unterzeichnen, in dem diese aufgefordert werden, europäisches Patentrecht dahingehend zu ändern, um Patente auf Pflanzen und Tiere sowie auf konventionelle Züchtungsmethoden unzulässig zu machen.

10. Termine/Materialien/Adressen

SAVE THE DATE

IX. Konferenz des EUROPÄISCHEN NETZWERKES GENTECHNIKFREIER REGIONEN

5. und 6. September 2012 in Erfurt/Thüringen

Gen-ethischer Informationsdienst GID Nr. 212 (Juni 2012) Schwerpunkt: Saatgut: Arenen des Widerstandes, Infos: www.gen-ethisches-netzwerk.de

Verbraucher-Ratgeber „Gen-Food in Deutschland“ von Greenpeace

Was ist „Gen-Food“? Wie kann ich mich als Verbraucherin/Verbraucher in der riesigen Produktvielfalt eines Supermarktes zurechtfinden, wenn ich gentechnikfreie Produkte kaufen will? Worauf sollte ich beim Kauf tierischer Produkte achten, wenn ich keine Gentechnik auf meinem Teller oder in meiner Tasse haben will? Diesen und anderen Fragen geht eine von Greenpeace herausgegebene dreiseitige Online-Informationsbroschüre für interessierte VerbraucherInnen nach: www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/gentechnik/FS_Gen-Food_in_Deutschland_05_2012_final.pdf

11. Regionales: Thüringen

Gentechnikfreie Regionen

Landkreis Weimarer Land

Behandlung des umgewandelten Gentechnikfrei-Antrags von Bündnis90/Die Grünen im Agrar-/Umweltausschuss am 19.06.12 in Apolda. Die Anhörung des Landesverbandes Thüringer Imker und des Thüringer Ökoherz e.V. wurde von der CDU abgelehnt. Der Antrag wurde mit den Stimmen der CDU, der Freien Wähler und der LINKEN abgelehnt. Zustimmung von der SPD und einem CDU-Kreistagsmitglied, Enthaltung: 1 x CDU. Der Antrag wird am 17.07.12 im Kreistag abschließend behandelt. (verantwortl. F. Augsten)

Landkreis Saalfeld/Rudolstadt

Im Kreistag von Saalfeld-Rudolstadt ist Anfang Mai 2012 der von dem grünen Kreistagsmitglied Sebastian Heuchel eingebrachte Antrag auf die gentechnikfreie Bewirtschaftung landkreiseigener Flächen mit deutlicher Mehrheit erfolgreich angenommen worden. Das Besondere: Der Antrag stellt die aus unserer Sicht weitergehende Variante dar, wonach der Gesamtbetrieb, der die kreiseigene Fläche anpachtet, gentechnikfrei arbeiten muss. (verantwortl. S. Heuchel)

Parlamentarische Initiativen

(Alle bisherigen Initiativen, vollständige Texte und Antworten unter www.gruene-fraktion.thueringen.de bzw. über die offiziellen Seiten der Landtagsverwaltung.)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13.06.2012 für den Thüringer Landtag
**Thüringen aktiv gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen –
Halbzeitbilanz der Thüringer Landesregierung (DS 5/4553)**
konnte aus zeitlichen Gründen im Juni-Plenum nicht behandelt werden, Behandlung hoffentlich im Juli.

Pressemitteilung 12.06.2012

Gentechnik: Keine Aufweichung der Nulltoleranz-Regelung!

Dr. Frank Augsten begrüßt, dass Aigner von der EU geplante Lockerung verhindern will